

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 548-48 ppbn d



Inhalt

34. Jahrgang / 68

6. April 1979

Karsten D. Voigt MdB fordert zusätzliche Sicherungen für die Aufbewahrung von ABC-Waffen.

Seite 1/2

Günter Apel, Hamburger Senator, kritisiert die Mehrwertsteuer-Pläne der bayerischen Regierung.

Seite 3/4

Hermann Schmitt-Vockenhäuser MdB, Bundestagsvizepräsident, unterstreicht den Ausbau der Beziehungen zu Südost-Asien.

Seite 5

Unfälle mit A-B-C-Waffen sind keine Seltenheit

Nach der Katastrophe von Harrisburg muß auch die Lagerung atomarer Waffen überprüft werden

Von Karsten D. Voigt MdB
Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss

Nach wie vor konzentriert sich die Diskussion in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik im Anschluß an den Unfall in Harrisburg auf die Risiken der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Aus dem Bewußtsein verdrängt werden vielfach die Informationen, die über die Unfälle, die im Zusammenhang mit der Herstellung, der Lagerung und dem Transport von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen bekannt geworden sind.

Die in diesem Bereich übliche Geheimhaltung sollte die Öffentlichkeit um so mehr veranlassen, kritische und bohrende Fragen zu stellen. Denn nicht nur die friedliche Nutzung der atomaren Energie, nicht erst der militärische Einsatz von A-B-C-Waffen, sondern bereits die Herstellung, die Lagerung und der Transport dieser Waffensysteme sind mit Risiken und Unfallgefahren verbunden.

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) hat in den letzten Jahren über mehrere Unfälle im Zusammenhang mit atomaren Waffen berichtet. Die "Chicago Tribune" berichtet jetzt in einer mehrteiligen Serie über Unfälle im amerikanischen Westen im Zusammenhang mit A-B-C-Waffensystemen. Danach geriet westlich von Denver in Colorado Plutonium aus einer Atombomben-Fabrik ins Freie: radiumhaltiges und radioaktives Material wurde fahrlässig in der Stadt Denver für den Bau von Straßen und Gebäuden ver-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

wandt: Unfälle mit bakteriologischen und chemischen Waffen verseuchten in Colorado und in Utah Pflanzen und Tiere.

In Dugway in Utah wurden 20 Jahre lang verschiedene bakteriologische Waffen verwandt, um zum Beispiel die künstliche Erzeugung verschiedener Krankheiten und die künstliche Erkrankung verschiedener Weizensorten zu testen.

Bereits 1954 bis 1956 wurden Untersuchungen durchgeführt, die zeigten, daß in der Umgebung der Versuchsstätten eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Personen an den Krankheiten erkrankt waren, die in Dugway getestet wurden. In Folge des mit der UdSSR 1969 vereinbarten vertraglichen Verbotes änderte sich die militärische Grundlage für bakteriologische Waffen. Allerdings behielten sich sowohl die UdSSR als auch die USA vor, geringere Bestände für "Verteidigungszwecke" zu behalten. Hier bestehen also weiterhin trotz des begrüßenswerten vertraglichen Schrittes von 1969 zukünftige Risiken.

Umso mehr gilt dies für den Bereich der chemischen Waffen. Die Bundesrepublik Deutschland hat bindend auf die Produktion von A-B-C-Waffen verzichtet. Helmut Schmidt hat mehrfach anhand der deutschen Praxis Vorschläge zur internationalen Kontrolle eines Verzichts auf die Produktion chemischer Waffen entwickelt. Wir sind also in einer guten Position, um insbesondere die Großmächte an ihre Verantwortung zum internationalen, vertraglich vereinbarten Verbot der Produktion von chemischen Waffen und der gleichfalls erforderlichen internationalen Kontrolle dieser vertraglichen Verpflichtung zu erinnern. Wir sollten diese Position nutzen, um hier ständig zu mahnen und zu drängen.

Die Unfälle mit chemischen Waffen sind zahlreich. Die "Chicago Tribune" berichtet am 3. April davon, daß Rückstände von Nervengasen in Utah auf landwirtschaftlich genutzte Flächen und in Flüsse gerieten. 1966 starben in Colorado nach Auskunft der "Chicago Tribune" 6.800 Schafe in einem Radius von 27 Meilen bei Übungen für die chemische Kriegsführung in der Umgebung von Dugway. Ebenso ist nach Informationen der "Chicago Tribune" vorgekommen, daß im Arsenal in Denver eine Nervengasbombe weniger da war, als nach dem Inventarverzeichnis dort gesichert gelagert sein sollte.

Noch heute starten und landen in Denver nahe an einem Lager für Nervengasbomben Passagierflugzeuge. Sicherheitshalber bewahrt die örtliche Polizei Gegenmittel für den Fall eines Unfalls auf.

Nicht nur die amerikanische, sondern auch die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, umfassend über die Risiken bei der Produktion, der Lagerung und den Transport neuer Waffentechnologien informiert zu werden.

Die Scheu, die Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend über die Risiken der friedlichen Nutzung moderner Technologien, wie der Atomenergie zu informieren, wird im militärischen Bereich durch übertriebene Geheimhaltungsbestimmungen abgesichert. Gerade weil wir eine umfassende und rationale Diskussion über die mit neuen Technologien verbundenen Risiken wollen, müssen wir auch im Bereich der militärischen Technologien auf bessere Informationen als bisher pochen. (-/6.4.1979/hi/lo)

+

+

-

Rücknahme der Umsatzsteuererhöhung ist unzweckmäßig

Der bayerische Vorschlag würde die Konsolidierung der Haushalte erschweren

Von Günter Apel

Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund

Der bayerische Gesetzentwurf zur Rücknahme der Umsatzsteuererhöhung ist entscheidungsreif. Er ist kurz, er ist nach Inhalt und Konsequenz leicht zu übersehen, er ist sachlich und politisch eilbedürftig.

Hamburg ist entscheidungsbereit. Wir sind bereit, den Gesetzentwurf jetzt oder später abzulehnen - und dies mit Entschiedenheit.

Der bayerische Gesetzentwurf ist nicht sachgemäß und politisch unvertretbar. Um nur das wichtigste zu nennen:

- Es "rollt" zur Zeit keine "Preiswelle", wie es in der Begründung Bayerns heißt.
- Die preisdämpfende Wirkung, die mit dem angeblichen Gesetzentwurf ausgelöst werden soll, wird gleich Null sein, weil - ich zitiere DIE WELT vom 3. April, "die meisten Unternehmen die höhere Umsatzsteuer längst in ihre Preislisten einkalkuliert haben",
- Preisdämpfung über den Haushalt läßt sich allenfalls erreichen durch eine Senkung der Kreditaufnahme, nicht durch eine Streichung der bereits beschlossenen, einkalkulierten maßvollen Erhöhung der Umsatzsteuer.

Hierzu muß ich noch eine Anmerkung machen: Gerade dies, die Senkung der Nettokreditaufnahme hat der bayerische Ministerpräsident in geradezu beschwörenden Worten von

der Bundesregierung und vor dem Bundesrat verlangt. Jetzt, im Zeichen unerwarteter Steuermehreinnahmen, wäre die Möglichkeit zu einer solchen Senkung der Kreditaufnahme gegeben. Der Gesetzentwurf beweist, daß die Regierenden in Bayern ihr Gerede von der exorbitanten Staatsverschuldung selbst nicht ernst nehmen - wie können sie dann erwarten, daß wir es täten. Insofern wirkt der Gesetzentwurf decouvrierend.

Das Steuerpaket, das wir im Vermittlungsausschuß geschmürt haben und dem beide Häuser mit hoher Mehrheit zugestimmt haben, bleibt nach wie vor nötig. Das gilt auch für die Mehrwertsteuer.

- Sie stellt eine notwendige Korrektur des Verhältnisses von direkten zu indirekten Steuern in der Bundesrepublik dar. So auch Ministerpräsident Strauß in den zitierten Reden.
- Sie ist ein notwendiger Schritt zur Harmonisierung der Mehrwertsteuersätze in der EG und in Westeuropa. Auch dem stimmte Herr Ministerpräsident Strauß ausdrücklich zu.
- Die Mehreinnahmen werden dringend benötigt zur Konsolidierung der Haushalte. Es mag sein, daß dies für Bayern plötzlich nicht mehr gilt. Für Hamburg und andere Länder gilt jedenfalls unverändert, daß nur mit höheren Einnahmen, auch aus der Mehrwertsteuer, der Haushalt konsolidiert werden kann.

Die Konsequenz kann also nur ein entschiedenes Nein zu dem bayerischen Gesetzentwurf sein. Es kann allenfalls ein gemeinsames Interesse geben, nämlich so schnell wie möglich zu einer Entscheidung zu kommen, damit durch diesen politisch aussichtslosen Entwurf keine Unsicherheit ausgelöst wird. Aber niemand soll sich verunsichern lassen. Das Nein, das am Ende der Gesetzgebung stehen wird, ist sicher. (-/6.4.1979/ks/10)

+ + +

Ost- und Südostasien im Blickpunkt

Kontakte zwischen der Bundesrepublik und Fern-Ost weiter ausbauen

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Bundestagsvizepräsident und Vorsitzender der Gesellschaft für
Ost- und Südasienkunde e.V.

Mit Befriedigung hat die Deutsche Gesellschaft für Ost- und Südasienkunde auf ihrer kürzlich durchgeführten Jahresversammlung ein wachsendes Interesse der deutschen Öffentlichkeit für Asien festgestellt. Nach Meinung des Vorstandes der Gesellschaft sind in letzter Zeit auch zunehmend wichtige Kontakte in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft entstanden oder neu belebt worden, die weitere Impulse für den Ausbau der deutsch-asiatischen Zusammenarbeit geben können.

Die Deutsche Gesellschaft für Ost- und Südasienkunde, die ihren Arbeitsbereich ja bereits vor zwei Jahren um Südostasien erweitert hat, wird auch in Zukunft mit den verschiedensten Mitteln und den verschiedensten Instrumenten bemüht sein, mehr Verständnis in der deutschen Öffentlichkeit für die vielfachen Probleme Asiens zu wecken. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, gesicherte Kenntnisse über Ost- und Südostasien zu verbreiten, den asiatisch-deutschen Austausch von Informationen und Erfahrungen zu beleben, die Zusammenarbeit interessierter Personen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft zu intensivieren und durch Vorträge, Ausstellungen und Veröffentlichungen auch eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen.

Der starke Mitgliederzuwachs, den die Gesellschaft gegenwärtig zu verzeichnen hat, ermutigt dazu, die Arbeit mit Sprachkursen, Tagungen, Forschungsprojekten und intensivierter regionaler Arbeit fortzusetzen. Dazu gehört auch die weitere Förderung des Studiums für asiatische Fragen an deutschen Universitäten und der Brückenschlag zwischen fach- und sprachkundigen Hochschulabsolventen, von denen zur Zeit noch viele arbeitslos sind, und der deutschen Wirtschaft. Die Themen, mit denen sich auch die wissenschaftlichen Beiräte der Gesellschaft in den nächsten Jahren zu beschäftigen haben werden, zeigen die ganze Spannweite der Aufgabenstellung. Sie reichen von der Ökologie in Japan, der Gesellschaftspolitik in China bis zu den Fragen der Landwirtschaft in den Staaten Südasiens.

(-/6.4.1979/ks/lo)

+ + +